

Röber  
M. Mainz, Wies-  
baden, Höchst a. M.

Werkzeug-  
er

er geistl.  
Werkzeug-  
er

el M.-G.  
W.

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

Werkzeug-  
er

# Beilage zu Nummer 136 der Volksstimme.

Dienstag den 13. Juni 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 13. Juni 1916.

### Bürgermeister Gläffing über die Regelung der Fleischversorgung.

In der letzten Stadtkonferenz führte der Oberbürgermeister aus: Meine Herren! In der letzten Stadtkonferenz habe ich über die Lebensmittelversorgung der Stadt berichtet und zugleich dargelegt, in welcher Weise der Magistrat seine Aufgabe, eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen, zu bewerkstelligen beabsichtigt; die in der Sitzung in Aussicht gestellten Maßregeln, die Ihre Billigung haben, sind inzwischen zur Durchführung gelangt. Auch die Verteilung des Fleisches sollte angestrebt und zunächst vorangetrieben werden durch eine Verordnung über die Kontrolle des Fleischverkehrs, die uns die Unterlage für die endgültige Regelung geben wird. Auch gab man sich der Hoffnung hin, daß inzwischen der Verkauf der Staatsfleischwaren eintreffen würde auf die Eingabe des Bürgermeisters um besondere Zuweisung von Fleisch für die Armen. Sie wissen, daß ich damals darauf hingewiesen habe, daß die gleiche Verteilung des vorhandenen Fleisches auf die gesamte Bevölkerung auf den Fleischtag und Kopf der Bevölkerung kaum möglich sei, da die Fleischwaren nur in kleinen Mengen eintreffen würden. In diesem Zusammenhang mußten die für die Versorgung der kranken, alten und sonst bedürftigen Bevölkerung notwendigen Fleischmengen; dazu kam, daß damals die Versorgung Wiesbadens mit Rindfleisch aus dem Reichsgebiet, das uns von der Zentralfleischwarenverwaltung in Berlin ohne jede Gewähr für die Höhe und Dauer der Lieferung überwiesen wurde. Wie lange und in welcher Menge wir der dänischen Lieferung zu rechnen haben werden, konnten wir nicht wissen; und ob der Viehhändlerverband des Reichsgebietes Wiesbaden, der unsere Fleischversorgung in erster Linie zu versorgen hat, Erfolg haben würde, konnten wir erst recht nicht wissen. Da gerade in jener Zeit dieser Verband und mitteilte, daß Fleischmengen in der nächsten Zeit sehr knapp würden und wir zu rechnen hätten, daß die Bevölkerung betrübend eintreffen würde. Nach dieser Richtung bestanden Befürchtungen, die durch die für die Verteilung des Fleisches vorgeschlagene Maßregel, die dahin ging, daß Wiesbaden bis auf weiteres keine Zuweisung von dänischem Fleisch mehr zu rechnen habe, noch verstärkt wurde. Andererseits hat sich aber unsere damals durchgeführte Maßregel, daß der Viehhändlerverband die wachsende Nachfrage nach dänischem Fleisch nicht erfüllen könne, glücklicherweise nicht bestätigt; die letzten Lieferungen und die uns gegebenen Mitteilungen sind derart, daß wir auf einen Erfolg für die verlorenen Zeiten an dänischem Fleisch rechnen können.

Nun ist inzwischen auch die Entscheidung der Staatsregierung über unsere Eingabe hinsichtlich einer Versorgung der kranken und bedürftigen eingetroffen. Sie haben in den Zeitungen gelesen, daß die Versorgung der kranken und bedürftigen mit Fleisch gesichert sei. Ich ersuche Sie, diese Mitteilungen in der Presse zu einer Zeit, in der dabei in Frage kommenden Gemeinden noch lange nicht im vollen Maße nachgekommen sind, über die getroffenen Entscheidungen zu verbreiten. Ich habe den Eindruck, daß die Bevölkerung zu dem Glauben gekommen ist, daß die Gemeinden nicht rasch genug die Vorteile der von Reichsgebiet gelieferten Fleischwaren zu ziehen in der Lage wären, und sie sie doch erst ziehen können, wenn sie im Besitz der amtlichen Nachweise sind. Ich füge hinzu, daß auch die bisherige Versorgung der kranken und bedürftigen in der letzten Zeit etwas geschehen würde. Die Einführung dieser Karte hätte uns mit einem Schlage auch die Sorge um die Fremden entfallen, da dann die Festlegung der Karte der kranken und bedürftigen und wie so für das hier den kranken und bedürftigen Versorgung von den Behörden der Reichsgebiete hätte, die das Fleisch während der Abwesenheit der ihnen abgemeldeten Einwohner selbst hätten. Ich mußte die Ausführungen machen, meine Herren, um Ihnen nachzuweisen, daß es heute in der Lage waren, Ihnen einen Vorschlag über die Verteilung der Fleischkarte zu machen. Ich weiß, daß wir reichlich Vorwürfe und ungerechten Urteilen überhört worden sind, daß ein großer Teil der Bevölkerung sich die Meinung bilden ließ, daß wir schon vor Wochen die Verteilung der Fleischkarte auf dem Wege der Karte hätten vornehmen können. Ich weiß, daß meine Herren, hier in voller Deutlichkeit diese Befürchtungen und Vorwürfe als ungerecht zu sehen und die volle persönliche Verantwortung dafür zu übernehmen, daß der Magistrat Ihnen die Fleischkarte erst heute in Vorschlag bringt. Gatten wir die Einführung schon vor Wochen vorangetrieben, so wäre einerseits die Verteilung der Karte für den kranken und bedürftigen Bevölkerung außerordentlich gering gewesen und andererseits es mit jeder Möglichkeit verbunden gewesen, der Antidustrie das beschriebene Minimum an Fleisch zu sichern, das sie zur Unterhaltung ihrer Erzeugnisse haben muß. Wir hätten einen anderen Weg beschritten, der der Stadt einen außerordentlichen wirtschaftlichen Schaden zugefügt hätte, dazu noch zu einer Zeit, in der sich die hinsichtlich der Fleischverteilung in wesentlichen Verhältnissen befindlichen preussischen Großstädte zur Verteilung einer Fleischkarte noch gar nicht entschlossen hatten. Ich habe noch beifügen, daß die Reichsgebiete der preussischen Großstädte, die uns unsere Nachbarnstadt Frankfurt hat sie noch nicht erreicht, obwohl auch diese Stadt mit einem ganz außerordentlichen Fremdenverkehr zu rechnen hat, der das Fleisch der Einwohner zum großen Teil entzieht.

Mein gestern im Reichstag ein Abgeordneter gemeint hat, die preussischen Staaten, insbesondere Bayern und Württemberg, seien in der Organisation der Fleischverteilung über, so ist das, was ich betonen möchte, richtig. Die genannten Staaten besitzen eine Landesfleischkarte. Aber, meine Herren, es ist doch kein besonderes Kunststück, eine solche Karte in Staaten zu führen, die ihre Grenzen abgeschlossen haben, die eine weitgehende Fleischversorgung besitzen und deshalb in der außerordentlichen Lage sind, ihre Bevölkerung 800 Gramm Fleisch pro Kopf auf die Karte nicht nur zu versprechen, sondern auch tatsächlich zu liefern. Eine solche Verteilung ist in Wiesbaden leider nicht möglich. Die dänische und die württembergische und auch die kommende heftige Landesfleischkarte geht auf Kosten des Reichsgebiets; sie ist eine rein partiellistische Verteilung in einer Zeit, in der eine solche Verteilung am wenigsten gerecht sein dürfte; und vor allem haben sie die Verteilung der Reichsfleischkarte verhindert, auf die wir alle sehr gespannt sind. Ob diese Hoffnung angesichts der Anwesenheit der kranken und bedürftigen des Kriegsernährungsamtes in München aufrechterhalten kann, bezweifle ich; es bleibt also nur noch die Verteilung auf die preussische Landesfleischkarte, die wenigstens die gleiche Verteilung der Fleischverteilung der einzelnen Regierungsbezirke, der einzelnen preussischen Provinzen befehlen könnte. Meine Herren, die jetzt nach und nach kommende Einführung der kranken und bedürftigen Fleischkarte wird uns vor die meisten übersehenen Tatsachen stellen, daß die Verteilung für den Kopf der Bevölkerung in den einzelnen Städten ganz verschieden sein wird. Sie auf Berlin mit 330 Gramm, auf Hannover mit 300

Gramm, auf Gießen mit 225 Gramm. Selbstverständlich wird die Bevölkerung der Städte mit geringem Durchschnittslohn wieder die Oberbürgermeister und Gemeinderäte verantwortlich machen und davon reden, daß diese faul seien in der Versorgung ihrer Stadt mit Fleisch; oder sie wird, wie üblich, wieder dargelegt, daß die Viehhändlerverbände der einzelnen Regierungsbezirke beginnend, die diese Versorgung vorzunehmen haben und daß diese selbstverständlich wieder abhängig sind von dem Vieh, das in ihren Bezirken sich befindet. Da ein Bezirk reich ist an Vieh, wie der andere, wird auch die Verteilung an die einzelnen Städte eine verschiedene sein, einmal ein Ausgleich zwischen den an Größe ganz verschiedenen Erzeugnissen in den einzelnen Viehhändlerverbänden bis jetzt noch nicht vorgenommen worden ist. Vielleicht haben die Bürger unserer Stadt die Güte, sich dieser Worte zu erinnern, wenn sie erfahren, daß der Durchschnittslohn an Fleisch, der auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, an einigen Orten höher ist, wie in Wiesbaden, das in einem an Schönheit der Natur überreichen, aber an Vieh armen Bezirk zu liegen das Glück und Unglück hat.

Nunmehr komme ich zu dem Vorschlag, den wir unter Berücksichtigung unserer mehr wie schwierigen Verhältnisse in der Fleischverteilung vorlegen zu machen haben. Ich habe Ihnen diese Schwierigkeiten in meinen Ausführungen vom 13. Mai schon angedeutet und bitte Sie, meine Herren, nicht zu vergessen, daß es sich bei unserem Vorschlag um einen Kompromiß handelt, d. h. um einen Versuch, die hier besonders hart aufeinander platzenden Interessen auszugleichen und die von uns in der letzten Stadtkonferenz aufgestellten Forderungen in der Wirklichkeit umzusetzen, nach denen die Interessen wichtiger Erwerbszweige, vor allem die der Antidustrie, bei der Fleischverteilungsfrage bis zu der Grenze zu fördern sind, innerhalb deren diese Förderung noch in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der gesamten Bevölkerung an ausreichender Nahrung.

Bei der Versorgung der durch Karten geregelten Lebensmittel, insbesondere also mit Eiern, Butter und Zucker, ist dieser Grundgedanke zur Durchführung gelangt. Eine Versorgung der in den Hotels und Pensionen wohnenden Fremden ist bei diesen Lebensmitteln noch keiner Richtung eingetreten. Auch bei der Fleischverteilung soll von diesem Grundgedanke möglichst nachteiliger Beeinträchtigung der Ernährungsfrage der Bevölkerung durch die Versorgung der Fremden Rechnung getragen werden.

Unsere Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs hat die Aufgabe, das frische Fleisch und das Geflügel von Rindfleisch, Kalbfleisch, Schaf- und Schweinefleisch, ferner alle aus diesem Fleisch hergestellten Fleisch- und Wurstwaren zur gleichmäßigen und gerechten Verteilung zu bringen. Der Verordnung unterliegt das durch Schlachtung hergestellten und von außerhalb eingeführten Viehes geschlachtete Fleisch und alles von außerhalb eingeführte frische Fleisch. Das Fleischfleisch ist aus nachfolgenden Gründen ausgenommen; ebenso ist von der Verordnung ausgenommen das Fleisch von Wild, Geflügel, Kaninchen und Fische. Eine nähere Begründung dieser Ausnahmen erübrigt sich. Fische sind in reichlicher Menge vorhanden, ferner auch aus technischen Gründen für die Verteilung nicht in Frage. Wild und Geflügel kommen schon wegen des außerordentlich hohen Preises und wegen der Schwierigkeiten der Verteilung in einzelne Städte und der Anrechnung auf die Fleischkarte nicht in Frage. Auch die Großstadt Berlin und die Vororte haben bei der vor wenigen Tagen erfolgten Einführung der Fleischkarte von dem Einbezug von Wild und Geflügel in die Karte abgesehen und sich lediglich auf die Verteilung des frischen Fleisches beschränkt. Der Verteilungsmäßig ist selbstverständlich für jede Person ohne Unterschied der gleiche. Ausnahmen von diesem Verteilungsmäßig — und nun beginnen die Schwierigkeiten — können in erster Linie gemacht werden bei besonderen Erkrankungen, die einen größeren Fleischverbrauch unbedingt notwendig machen. Hier kann der Magistrat nach Anhörung eines von ihm bestimmten Vertrauensorgans von der durchschnittlichen Menge, die für alle bestimmt ist, abweichen. Der städtische Vertrauensrat ist notwendig, einmal, um einem etwa auftretenden allzu gütigen Uebermaß in der Inanspruchnahme der vorhandenen Fleischmenge durch einzelne Fälle vorzubeugen, dann auch, weil nur der städtische Vertrauensrat wissen kann, welche Fleischmengen für die Zwecke der Kranken vorhanden und verfügbar sind. Da wir hier in Wiesbaden große Sanatorien und im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine verhältnismäßig große Anzahl von Kranken gegenüber anderen Städten haben, ist hier schon die erste Schwierigkeit der Versorgungsregelung gegeben. Nun kommt die zweite Schwierigkeit, die Versorgung der Fremden. Die Verordnung unterscheidet hier zwischen der Verteilung der Fleischkarte in den Hotels und Pensionen aufhaltenden Ausländern (Kartenzuständige oder von der Karte befreiten Personen) und zwischen den sogenannten Passanten, den nicht Kartenzuständigen, die sich also bis zu fünf Tagen in Wiesbaden aufhalten und vorübergehend in Gasthöfen vorhandenen Fremden. Hier muß ich zunächst die Verteilung der Fleischkarte in den Hotels und Pensionen, die Verteilung des frischen Fleisches ausgeführt werden, oder sie brauchen sich nur für eine sehr geringe Fleischmenge auf die Karte auszusprechen, so daß deren Unterhaltung durch die Hotelbetriebe nicht mehr möglich wird. Einer solchen Auffassung gegenüber, für die sich nicht ein einziges Mitglied der Stadtkonferenz veranlassen wird, für die aber in zahlreichen Aufstellungen an den Oberbürgermeister und Magistrat Zustimmung gemacht wurde, habe ich folgendes mit allem Nachdruck hervorgehoben. Die Hotels und Pensionen und die von dem Fremdenverkehr abhängigen zahlreichen Geschäfte haben im Kriegsjahre 1914 erhebliche Verluste erlitten; der Verluste sind auf ein Drittel des Friedensbetriebes herabgesunken; im Jahre 1915 stieg er sich auf 43 Prozent des Friedensbetriebes, und erst seit März trat eine Besserung ein bis zu 80 Prozent des Friedensbetriebes. Jetzt beginnt die Besserung wieder zu fühlen. Erkundigen Sie sich bei den Banken nach den rüchstündigen Sparbüchern und Tilgungsquoten, und werden Sie die Zeit nach dem Kriege ab; Sie wird Ihnen die Wirkung der Verluste zeigen. Der preussische Finanzminister hat kürzlich eine interessante Statistik, auf die ich bei der Vorbereitung der Stadtkonferenz hingewiesen bin, veröffentlicht, eine Statistik, die einen Vergleich des Rückganges der veranlagten Einkommensteuer in den preussischen Großstädten vom Jahre 1915 gegen 1914 enthält. Meine Herren, die veranlagte Einkommensteuer Wiesbadens ist von 1915 gegen 1914 um 12,88 Prozent zurückgegangen. Wiesbaden steht hier an dritter Stelle; schlechter sind nur noch Krefeld und Saarbrücken. An dem Ergebnis der in 1915 beschlossenen Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Prozent ist uns also durch den Rückgang der Veranlagungssumme die Hälfte wieder weggenommen worden. Dieser Rückgang der Einkommensteuer zeigt Ihnen, in welcher Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse Wiesbadens durch den Krieg beeinträchtigt worden sind. Aber die Verantwortung übernehmen will, diesen Rückgang in einer nicht mehr zu verantwortenden Weise noch weiter zu vergrößern, möge sich für die Wohlfahrt aussprechen, die eine Unterwanderung der Fremden unmöglich machen. Das ist auch ein Grund, weshalb wir gewartet haben mit der Einführung der Fleischkarte, bis wir einen Kompromiß schaffen konnten, der einen erträglichen Zustand für die Einwohner schafft, wie für die Fremden herbeizuführen geeignet war. Vielleicht beurteilt die Bevölkerung die Geltung des Magistrats nun etwas wohlwollender.

Um uns die Lösung des Problems zu erleichtern, haben wir zunächst die Karte der Fleischverteilung für die Fremden abgestuft, je nachdem es sich um eigentliche Ausländer handelt, also um Personen, die sich längere Zeit aufhalten, die Kartenzuständigen bezeichnen, also erwerbslos und krank sind, oder um sogenannte

Passanten, d. h. Personen, die sich bis zu fünf Tagen hier aufhalten, also kurzweiliger sind und sich entweder zu Geschäfts- oder zu Vergnügungszwecken hier aufhalten. Die Verordnung sagt, daß der Magistrat den sich längere Zeit in Wiesbaden aufhaltenden Ausländern (Kartenzuständigen oder von der Karte befreiten Personen) eine den allgemeinen Durchschnitt überwiegende Fleischmenge zuweisen kann. Diese muß sich nach der jeweils zur Verfügung stehenden Fleischmenge richten und darf höchstens 600 Gramm frisches Fleisch und für die Person und Woche betragen, also noch nicht 1 1/2 Pfund für die Woche. Der Magistrat hofft, diesen Höchstbetrag aufbringen zu können, sicher für die nächsten drei Monate, in denen und noch besonders Fremdenfleisch vom Staat zugeteilt wird. Die Hotels und Pensionen werden sich daneben helfen müssen mit Fischen, Geflügel und Wild, auch mit den von auswärtig einzuführenden, allerdings recht teuren Tonerwaren, die wegen ihres Preises für die allgemeine Volksernährung nicht in Frage kommen. Für die Passanten, d. h. die kurzweiligeren, in Gasthöfen vorübergehend bis zu höchstens fünf Tagen wohnenden Fremden darf die Fleischmenge für die Person und Woche nur 375 Gramm frisches Fleisch betragen, also für den Fleischtag 75 Gramm. Auch diese Passanten müssen sich mit kartenzuständigem Fleisch helfen, so gut es eben geht. Der Magistrat ist der Auffassung, daß unter dieser Durchschnittsmenge nicht zurückgegangen werden darf, wenn man überhaupt noch den Willen beibehalten will, die Ernährungsfrage der Fremden in einer Form zu lösen, in der diese Ernährung noch gewährleistet werden kann. Man darf insbesondere bei Beurteilung des Satzes für die Kartenzuständigen nicht vergessen, daß die Benutzung der Räder und Kartenzuständigen schon an und für sich einen gewissen Kraftverbrauch bedingt, der wieder einen Ausgleich in einer besseren Ernährung finden muß, ohne die eine Karte nicht möglich ist. Das werden wir diejenigen Herren Stadtkonferenzmitglieder, die hier sind, befehlen. Auch dadurch ist die bevorzugte Behandlung der Ausländer gegenüber den Passanten gerechtfertigt, ganz abgesehen von Gründen wirtschaftlicher Natur, die man hier ebenfalls anführen könnte. Halten Sie nun diese Sätze von 600 Gramm und 375 Gramm, die ich ausdrücklich als Höchstbeträge bezeichne, fest und ziehen Sie damit in Vergleich, daß nach den bis jetzt vorliegenden Versorgungsergebnissen und nach am Montag gegebener Mitteilung des Herrn Regierungsbezirkers, die auf den Kopf der Einwohner zur Verteilung gelangende Fleischmenge für die nächste Zeit voraussichtlich 200 Gramm für die Woche betragen wird. Nun wird sich wieder die Frage ergeben, daß die Bevölkerung glaubt, um die hier sich ergebenden Unterschiede zwischen 200 Gramm einerseits und 600 und 375 Gramm andererseits benachteiligt zu sein. Eine solche Annahme ist falsch. Unsere Fleischverteilung soll aus später zu erörternden Gründen am 21. Juni in Kraft treten. Bis dahin wird es auch der Regierung gelingen, die für die Fremdenversorgung der Räder des Regierungsbezirks für die nächsten drei Monate überwiesene Fleischmenge, auf die die Bevölkerung einen Anspruch nicht hat, zur Verteilung zu bringen. Für die Zeit vom 21. Juni bis 21. September hätten wir somit Anspruch auf die uns überwiesene Fremdenfleischmenge, mit der wir die Fleischverteilung unserer Einwohner versorgen könnten. Bis zum Ablauf dieser Frist wird das Vieh durch die reiche Futterernte hindurchgegangen sein; es wird mehr Fleisch und Fett zur Verteilung gelangen können, das uns die dann wachsende Nachfrage nach Fleischversorgung für die Fremden erfüllt, oder es wird der Regierung dann möglich sein, die Fremden weiter besonders zu versorgen. Für die nächsten drei Monate habe ich nun versucht, eine Darstellung anzugeben, die darstellt, welche Opfer der Einwohner den Fremden hinsichtlich der Fleischversorgung vorzuschlagen bringen wird. Ich habe auch das Kartenzuständige beauftragt, auf Grund seiner amtlichen Listen eine solche Darstellung aufzustellen, und ich kann feststellen, daß beide auf verschiedene Art genommene Berechnungen zu dem gleichen Ergebnis gelangt sind. Die Berechnung geht von der Durchschnittszahl der Fremden und Passanten aus, die sich für die nächsten drei Monate in Wiesbaden für den Tag hier aufhalten. Sie stellt demgegenüber die Menge an Fremdenfleisch, welches nach der vorläufigen Erklärung des Herrn Regierungsbezirkers für die Fremden überwiesen wird, und kommt zu dem Schluss, daß, wenn wir den in der Verordnung vorgesehenen Höchstbetrag für Kartenzuständige und Passanten geben werden, wir der Bevölkerung im ganzen pro Woche 1000 Pfund Fleisch entziehen müßten, was für den Kopf und die Woche bei einer Bevölkerung von jetzt noch etwa 85 000 Einwohnern (nach Abrechnung der im Felde stehenden Einwohner) einem Verzicht von rund 5 Gramm Fleisch gleichkommt. Dieser für die nächsten drei Monate aufgemachten Berechnung steht die Tatsache gegenüber, daß diesem geringen Verzicht für die gleiche Zeit, bei Annahme der gleichen Fremdenzahl und bei Unterstellung eines Durchschnittsverbrauchs pro Fremden von 15 Mark für den Tag, die Sicherstellung eines Umfanges von rund 1 1/2 Millionen Mark gegenübersteht. In den Gewinn von diesem Umfange teilen sich nicht nur die Besitzer der in Frage kommenden Hotels, Pensionen und der Hunderten von Geschäften, sondern auch alle die Kaufleute, die in Diensten dieser Geschäfte stehen und ihrerseits weiter durch ihre Verdienstmöglichkeiten in der Lage sind, ihren Verdienst in Einkäufen bei anderen wieder umzusetzen. Ich sollte meinen, daß sich in dieser Verteilung, die den Tatsachen völlig entspricht, die Verteilung der Fleischverteilung des Magistrats etwas freundlicher gestalten wird. Für die Fremden der ungünstigen Annahme bemerke ich noch, daß selbst bei einer Unterstellung von nur der Hälfte des uns zugeordneten Fremdenfleisches der Verlust für die Bevölkerung an Fleisch für den Kopf und die Woche auf 10 Gramm stellen würde, also auf einen immer noch erträglichen Verzicht im Vergleich zu den wirtschaftlichen Vorteilen, die wir doch nun einmal nicht außer acht lassen dürfen. Ich werde im übrigen, sowie die Regierung sich endgültig in der Verteilungsfrage entschieden hat, durchaus nicht anstehen, diese Berechnung in Ihren Einzelheiten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Sie sehen, meine Herren, wie kompliziert diese Vorgänge sind und wie sehr der Wunsch des Magistrats — in gleicher Weise wie in allen anderen Lebensmittelfragen — berechtigt ist, von der Bevölkerung zu verlangen, daß sie ihn erst hört, ehe sie beurteilt.

Nun noch ein Wort über die

### Versorgungsregelung der Wirtschaften,

die ja gerade in Wiesbaden eine besonders schwere ist angesichts der außerordentlich hohen Besucherzahl von benachbarten Städten und Orten. Wir werden den Wirtschaften besondere Mengen von Fleisch zuweisen, die unter bestimmten Voraussetzungen in Form fertig zubereiteter Speisen an ihre Besucher abgegeben werden können; nur möchte ich schon jetzt daran zweifeln, ob es gelingen wird, all den zahlreichem Besuchern der Stadt genügende Mengen zu sichern; es wird das öfters ein „Ausverkauf“ eintreten; oder dieses Schicksal teilen wir in genau der gleichen Weise mit allen den Städten, die sich entschließen, die Fleischkarte einzuführen, womit natürlich der unbeschränkte Einkauf von Fleisch durch die Wirtschaftsbetriebe bei den Regierungen aufhören muß; oder auch die Wirtschaftsbetriebe müssen sehen, wie sie sich ergänzend mit Fischen, Wild, Geflügel und Tonerwaren durchhelfen können für die kommende besonders kritische Zeit der nächsten drei Monate.

Von dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung dürfen also in Wirtschaften zubereitete Fleischgerichte an Einwohner nur noch gegen Abkassierung der Fleischkarte, auf deren Einreichung ich noch zurückkomme, abgegeben werden; an Fremde, die in Wiesbaden in einem Hotel usw. wohnen und außerhalb essen wollen, nur gegen eine Tagesfleischkarte, an durchreisende Fremde, die in Wiesbaden nicht übernachten, ohne Vorlage von Karten, oder nur unter Verschönerung des Empfanges durch Namen und Wohnort in einer besonderen Verkaufsstelle. Der Berliner Regelung, die an nicht übernehmende Fremde die Verabfolgung von zubereiteten Speisen nur an den Wohnhöfen zuläßt, konnten wir bei den hier ganz anders gelagerten Verhältnissen nicht folgen. Groß-Berlin hat Ausnahm-



